

Multikriminelle Gesellschaft

(Von E. Noldus.)

Angeblich geht in NRW die Kriminalitätsrate zurück. Am 21. 2. 2022 verkündete Innenminister Reul (CDU) stolz: „Zum sechsten Mal in Folge ist die Kriminalität in Nordrhein- Westfalen gesunken. Mit insgesamt 1.201.472 Delikten (- 1,2 Prozent) [für 2021] sind die Fallzahlen so niedrig wie zuletzt 1985.“

Herr Reul kann stolz auf seinen Erfolg sein, aber wir bezweifeln den Wert dieser Statistiken. Es ist inzwischen eine allgemeine Lebenserfahrung, daß die Polizei nicht eingreift, so lange „nichts passiert“. Polizeibekannte Schläger und drogenabhängige Psychopathen dürfen die Hausgemeinschaft terrorisieren – mit Bedrohungen, offenkundigen Vandalismusschäden usw. Deren Beseitigung fällt den Eigentümern zur Last, die Täter selbst leben lustig in den Tag hinein – Hartz IV sei dank. Irgendwann erstattet man keine Anzeige mehr, weil man sich wie ein Idiot vorkommt. Und Herr Reul erfreut sich an seinen Statistiken.

Greifen wir einen beliebigen Zeitraum heraus und betrachten alltägliche Meldungen:

11. April: An einer Grundschule in Hagen-Haspe drückt ein 7jähriger einen Mitschüler mit dem Kopf in eine Toilette und betätigt die Spülung. Der Täter sei „schon früher“ durch aggressives Verhalten aufgefallen. Bei strafunmündigen Kindern können die Eltern für die Taten in Regreß genommen werden. „So könnten die Eltern des Opfers in Hagen etwa wegen psychischer Folgen für ihr Kind rechtliche Schritte einleiten; die Konsequenzen hätten dann die Eltern des Täters zu tragen.“

Erst einmal hat das Opfer die psychischen Folgen der Tat alleine zu tragen. Zweitens hätten die Eltern des Opfers die Gerichtskosten zu tragen. Drittens wird der 7jährige Täter von Psychologen usw. bemitleidet und umsorgt. Viertens werden sich die Eltern des Täters einen Dreck um Regreßansprüche scheren, denn Hartz IV ist ihnen sicher.

13. April: Im Centro – am Platz der Guten Hoffnung – wird nachmittags um drei Uhr eine 11jährige von drei oder vier nur wenig älteren Mädchen angegriffen, zu Boden gebracht und getreten. Immerhin wagt die Polizei der Beschreibung den Begriff „osteuropäisches Aussehen“ beizufügen. Wir kennen diesen Typus aus eigener Anschauung aus der Nachbarschaft. Es handelt sich um den Nachwuchs der „dringend benötigten Arbeitskräfte“, die nach dem EU-Beitritt gewisser Staaten unter dem Deckmantel der Arbeitnehmerfreizügigkeit in Deutschland auf Kosten des Steuerzahlers ihren Geschäften nachgehen.

14. April: Am Hauptbahnhof Essen wird eine 95jährige in einem Aufzug von drei jungen Frauen bedrängt und beraubt. Unnachahmlich die Pressemeldungen: Die Frauen „sollen“ den Aufzug von innen verschlossen gehalten haben und eine Frau „soll“ der 95jährigen die Geldbörse gestohlen haben.

Mit den Täterinnen geht man zart um; sie „sollen“ – Konjunktiv – etwas gemacht haben. Dem Opfer wird dabei – sprachlich zumindest – unterstellt, den Vorgang herbeiphantasiert zu haben; schließlich ist es bereits 95 Jahre alt.

Der Vorfall ereignete sich am 24. 11. 2021 nachmittags um 15.20 Uhr. Aber erst fünf Monate später gibt das Amtsgericht Essen die Bilder von Überwachungskameras, welche die Täterinnen zeigen,

frei. Das Rechtssystem bewertet die „Persönlichkeitsrechte“ der Täterinnen höher als die Verpflichtung des Staates, die Bürger zu schützen (das ist die Begründung für das staatliche Gewaltmonopol). Das Opfer hat Krieg und Nachkriegszeit miterlebt und wird schon damit fertig werden, sich buchstäblich nirgendwo mehr sicher zu fühlen können.

Und Herr Reul erfreut sich an seinen Statistiken.

Nachtrag: Die Leitmedien verschweigen grundsätzlich die ausländische Herkunft von Tätern mit der vorgeschobenen Begründung, Vorurteilen keinen Vorschub leisten zu wollen. Wir nehmen in Kauf, dafür medial angegriffen zu werden, wenn wir uns immer und eindeutig auf die Seite der Opfer stellen.